

Wahn



Beckstein & Co. entdecken das genetische Charakterschwein und wollen es einfangen. Mehr zu dieser Sauerei auf

Seite 2

Buch



Realexistierender Kapitalismus macht aus progressiven PolitikerInnen unproduktive Pantoffeltierchen

Seite 3

Reader



„Deutschland von der Karte streichen, Frankreich soll bis Polen reichen.“ Von deutschen Projektionen handelt die Rezension auf

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Entscheidung schon gefallen?

Humanitäre Bomben gibt es nicht

Aus humanitären Gründen will die USA Krieg im Irak führen. Gegen ein Land, welches völlig ausgehungert ist, in dem auf Grund des seit 1992 erlassenen UN-Handelsembargos die Kindersterblichkeit immense Ausmaße angenommen hat, und die Bevölkerung unter extremen Hunger leidet. Jürgen Todenhöfer, CDU: „Dieses Land kann man nicht k.o. schlagen, es ist bereits k.o.“

Hinzu kommt, dass die im Nordirak lebenden Kurden, wie beim zweiten Golfkrieg 1991 erneut in eine Sandwichposition zwischen zwei Konfliktparteien gedrängt werden. Zwischen 100.000 und 150.000 US-Soldaten sollen durch das quasiautonome Gebiet in den Irak einmarschieren können. Dabei hoffen die USA, dass sich die Kurden „zumindest neutral“ verhalten. Sie würden sich bei der Durchsetzung ihrer Interessen nur ungern aufhalten lassen.

„Eine signifikante Einschränkung der weltweiten Ölversorgung könnte unsere Wirtschaft empfindlich treffen sowie unseren außen- und wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum maßgeblich einschränken“, heißt es im „Cheney Report“. Eine „zivile“ Lösung des Konflikts ist möglicherweise ökonomisch nicht so reizvoll, wie die Aussicht, die größten Ölvorräte

der Welt längerfristig in einer von den USA errichteten militärischen Kontrollzone zu haben. In dieses Bild passt auch die Strategie der USA möglichst schnell auf eine militärische Lösung zu drängen.

Beweislastumkehr

Da es der USA nicht gelang, die UN vollends von der unabwendbaren Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen und die UN-Resolution 1441 weiteres Handeln von den Ergebnissen der Waffeninspektionen abhängig macht, drehen diese die Beweislast für den Irak einfach um. Es wird behauptet – ohne dafür konkrete Beweise zu liefern – dass der Irak Massenvernichtungswaffen besäße, da die Waffeninspektoren aber in dieser Hinsicht noch nicht fündig wurden, wird nun einfach behauptet, der Irak kooperiere nicht mit der UN. Finden die Inspektoren nichts, wird der Irak angegriffen, weil er nicht kooperiere und die Inspektoren darum nichts fänden. Würden die Inspektoren solche Waffen finden, dann wäre dies der Angriffsgrund.

Die Bundesregierung folgt dieser Logik zwar so nicht und behauptet auch aus diesem Grund, sie würde sich an einem Krieg gegen den Irak nicht beteiligen, allerdings ist dies nur die halbe Wahrheit. Zum einen gewährt die Bundesregierung den USA die

Nutzungsrechte auf deutschem Gebiet und erleichtert damit die militärische Logistik. Zum zweiten trainieren die Fuchs-Spürpanzer immer noch am Golf mit der US-Armee den Ernstfall, zum Dritten ist Deutschland direkt in die Vorbereitung und Durchführung von Kampfhandlungen verwickelt, indem es AWACS-Aufklärungsflugzeuge den Militärs koordinieren für ihre Ziele übermitteln. Schließlich wird durch die stärkere Beteiligung bei der Internationalen Schutztruppe in Afghanistan die US-Armee für ihren Einsatz am Golf entlastet.

Da die USA allerdings schon vorher wussten, dass sie möglicherweise Probleme bekommen würden, ihre Forderungen gegenüber der Weltgemeinschaft zu rechtfertigen, wurde im Pentagon laut erwogen, die Öffentlichkeit in anderen Ländern gezielt mit Fehlinformationen zu füttern, um die amerikanische Position zu stärken. Dies wurde bereits früher versucht, woraufhin im Februar vergangenen Jahres Rumsfeld aufgrund derartiger Erwägungen die so genannte Behörde für strategische Einflussnahme auflösen musste (Spiegel vom 16. 12. 2002). Ob zur Zeit eine weltweite Fehlinformationspropaganda stattfindet, wissen wir nicht.

Es wird auch nicht mehr davor zurückgeschreckt mit Atomwaffen zu drohen.

Oder eben zahlen, sei es, weil man oder frau sich eben nicht entmündigen lassen will oder weil es mit dem Abschluss in zwei Semestern nicht geklappt hat. Ungeachtet dessen behaupten die RUB-Rosen-JuSos immer noch, gegen Gebühren zu sein. Würdigen wir diese Lügen nicht weiter der Beachtung und wenden wir den Blick nach England, wo new labour als erklärtes Vorbild der neuen Mitte bereits vor einigen Jahren Studiengebühren eingeführt hat.

Bildungsexpansion

Studiengebühren, ob unter dem Deckmantel der Studienkonten oder nicht, sind niemals eine gute Idee, egal wie man sie „verkauft“. Das Beispiel Englands zeigt sehr anschaulich, was passieren kann, wenn linksliberale Regierungen, die sich immer offen gegen Studiengebühren und für

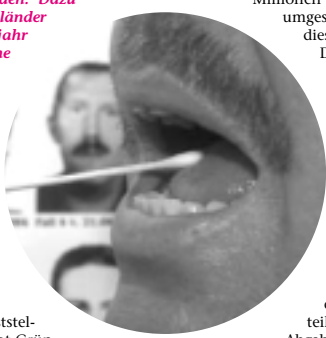
freien und allgemeinen Zugang zu Hochschulbildung ausgesprochen haben, plötzlich doch dafür sind. Natürlich mangelt es Universitäten hier und anderswo an Geld, natürlich müssen verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten ins Auge gefasst werden. Wie nicht nur in der Bildungspolitik fängt aber auch hier die Umverteilung von unten an. Ein kurzer historischer Abriss der Entwicklung in Großbritannien zeigt, wie schnell die Dinge sich verschlechtern, sobald die Lawine einmal losgetreten ist.

des Lebensunterhaltes nicht mehr staatlich finanziert wurde, sondern durch Banken. Dies war eigentlich schon der Anfang vom Ende, da absehbar wurde, dass die „grants“ immer weniger, die „loans“ immer mehr werden würden. Was auch geschah. In der zweiten Hälfte der Neunziger hatte sich das Verhältnis verschoben, die meisten Studis finanzierten sich vorwiegend aus Bankanleihen, während die „grants“ immer mehr gekürzt wurden. Schon dies sorgte dafür, dass alle nicht aus reichem Elternhaus kommenden StudentInnen mit Schulden von umgerechnet über 10.000 Euro die Universität abschlossen. Obwohl die student loans erst nach mehreren Jahren und ab einem bestimmten Einkommen zurückgezahlt werden müssen, hielt und

Fortsetzung auf Seite 2 ...

Beckstein: mehr DNA-Tests Unionsregierte Länder im Sicherheitsrausch

Der bayrische Innenminister Günter Beckstein will DNA-Tests gegen den Willen der Betroffenen bei allen StraftäterInnen durchführen lassen, bei denen zur Zeit eine erkennungsdienstliche Behandlung erlaubt ist. Dies gab er nach einer Konferenz von Innenministern aus den unionsregierten Bundesländern in Hannover bekannt. Im Rahmen dieser hatten die Minister von Bremen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen eine Bundesratsinitiative zur inneren Sicherheit beschlossen, die bis zum Sommer eingebracht werden soll. Neben Gentests bei Millionen von StraftäterInnen sollen auch die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Innern erweitert werden. Dazu wollen die Unionsländer schon in diesem Frühjahr eine Initiative für eine Grundgesetzänderung in den Bundesrat einbringen. Demnach soll der Artikel 35 des Grundgesetzes um eine Klausel erweitert werden, nach der die Länder in Fällen von besonderer Bedeutung Streitkräfte zur Unterstützung ihrer Polizei anfordern können.



Laut DNA-Identitätsfeststellungsgesetz – von Rot-Grün im September 1998 verabschiedet – darf der genetische Fingerabdruck momentan bereits nicht mehr nur im Rahmen eines laufenden Strafverfahrens erhoben und gespeichert werden, sondern auch auf Grund von Anhaltspunkten für eine Wiederholungsgefahr, wegen der Art oder Ausführung der jeweiligen Tat, der „Persönlichkeit des Beschuldigten“ oder nicht näher bezeichneter „sonstiger Erkenntnisse“ – auch zur Identitätsfeststellung in etwaigen künftigen Strafverfahren. Nach geltendem Recht dürfen nicht nur Tatverdächtige, sondern auch bereits verurteilte Straftäter und Häftlinge genetisch erfasst und in der Gen-Datenbank des BKA mit ihren genetischen Fingerabdrücken gespeichert werden, sofern sie wegen „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ verurteilt worden sind – auch gegen ihren Willen.

Wie die Praxis der vergangenen Jahre gezeigt hat, wird diese Einschränkung im Einzelfall recht weit gefasst. Dennoch drängt vor allem Bayern auf eine erweiterte

Nutzung der DNA-Analyse, die Anordnung einer solchen soll zukünftig bei allen Straftaten möglich sein, bei Kaufhausdiebstählen ebenso wie bei Landfriedensbruch, sofern Grund zu der Annahme besteht, dass der oder die TäterIn schwere Straftaten begehen könne – und dies ist ähnlich dehnbar wie die Bezeichnung einer Straftat von erheblicher Bedeutung.

Bisher verfügen die deutschen Polizeibehörden bundesweit über ca. 240.000 DNA-Datensätze, wovon allein 50.000, also rund 21% von Bayern eingestellt wurden, obwohl in Bayern nur knapp 11% der in Deutschland festgestellten Straftaten registriert werden. Die Zahl der bisher erkennungsdienstlich behandelten StraftäterInnen dürfte jedoch mit Sicherheit bei mehreren Millionen liegen. Sollten die Pläne umgesetzt werden, könnten von all diesen Menschen nachträglich DNA-Tests verlangt werden.

Angesichts der Tatsache, dass oft schon die Teilnahme an einer Demonstration o.ä. ausreicht, um einer „Erkennungsdienstlichen Behandlung“ (ED-Behandlung) unterzogen zu werden, stellt sich für DatenschützerInnen die Frage der Verhältnismäßigkeit. Auch ist mehr als fraglich, dass alle Betroffenen die Ansicht Becksteins teilen, im Vergleich mit der Abgabe einer Speichelprobe für die DNA-Analyse seien die Abnahme von Fingerabdrücken und das Fotografieren bei der erkennungsdienstlichen Behandlung schwerwiegendere Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht.

Bereits im Dezember letzten Jahres hatte der bayrische Innenminister bei einer Konferenz mit seinen Kollegen den breiteren Einsatz von DNA-Analysen gefordert und verlangt, dass der „Gentest kriminalistischer Standard werden“ müsse. Der so genannte genetische Fingerabdruck leiste einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung, meinte Beckstein jetzt in Hannover und hatte auch gleich ein Beispiel parat: „Wenn sich beispielsweise ein Demonstrant in Gorbien anketet, wollen wir eine DNA-Analyse“, so Beckstein.

Gefahren

DNA-Analysen besitzen gegenüber herkömmlichen erkennungsdienstlichen Methoden eine neue Aussagekraft und bergen neue Gefahren. So verrät der genetische Fingerabdruck eines Menschen viel mehr über ihn, als etwa der herkömmliche

Fingerabdruck. Durch eine Änderung der Untersuchungsmethode und eine Ausweitung der Zweckbestimmung wäre es in naher Zukunft durchaus möglich, in Kombination mit anderen Überwachungsdaten tatsächliche oder vermeintliche Rückschlüsse zu ziehen auf persönlichkeitsbezogene Merkmale und Dispositionen wie Erbanlagen, ererbte Krankheiten, angebliche „Charaktereigenschaften“ wie Aggressionspotential, Intelligenz oder etwa Anlagen zu einer angeblichen „Sozialschädlichkeit“ einer Person, so der Rechtsanwalt und Journalist Rolf Gössner. Dieses Risiko, quasi „Verbrecherpersönlichkeiten“ dauerhaft konstruieren zu können, ist gerade angesichts der Tatsache, dass zur Zeit weltweit an der Entschlüsselung des gesamten menschlichen Erbguts geforscht wird, nicht von der Hand zu weisen.

Böse Nichtdeutsche

Neben dem Vorstoß in Sachen DNA-Tests komme, abgesehen vom internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität, der „konsequente Bekämpfung der für das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung relevanten Alltags- und Massenkriminalität eine besondere Bedeutung zu“, so Beckstein als Sprecher der CDU/CSU-Innenminister. Deswegen müsse gegen „Verwahrlosungstendenzen und Ordnungsstörungen jeglicher Art frühzeitig und entschlossen eingeschritten werden“.

Des weiteren wollen die Minister erreichen, dass die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren im Fall nichtdeutscher Straffälliger zwingend zu Ausweisung oder Abschiebung führen. Auch fordert Beckstein vor Einbürgerungen eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz, wie sie in Bayern bereits praktiziert wird. Warum ist klar, beachtet man die Tatsache, dass allein im ersten Halbjahr 2001 bei 80 Einbürgerungsfällen in Bayern aufgrund der Regelanfrage beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz Sicherheitsbedenken erklärt wurden und – welch Wunder – diese in fast allen Fällen auch nach Anhörung des Bewerbers zur endgültigen Ablehnung des Einbürgerungsbegehrens geführt haben.

jas

... Fortsetzung von Seite 1

Sozis immer noch schuld

hält schon das viele Menschen aus weniger wohlhabenden Verhältnissen davon ab zu studieren, ganz zu schweigen von denjenigen, die sich später im Leben und unter schwierigeren Umständen, z.B. mit Kindern, anderen Schulden, für ein Studium entscheiden hätten.

Enter New Labour

1997 gab es endlich die langersehnte „linke“ Regierung. Nach allen Versprechen bezüglich eines neueren, besseren Bildungssystems kam schon in der ersten Legislaturperiode, und schon nach wenigen Monaten, die erste große Überraschung des dritten Weges. Nicht nur schaffte die Regierung Tony Blairs (übrigens ganz ohne GATS-Zwang) den *maintenance grant*, also das Bafög-Äquivalent komplett ab und führte ein nur durch Anleihen finanziertes Studium ein, sie hatten auch die eigentlich völlig abwegige Idee, „up-front top-up fees“, also Studiengebühren sogar vor Beginn des Studiums an, einzuführen. Diese betragen je nach Einkommen der Eltern bis zu 1.000 Pfund. Trotz großer Proteste uni-intern und -extern kam dieser Beschluss irgendwie durch das Unterhaus. Die Studiengebühren

betragen 2002 1.100 Pfund, mit *loans* bis zu 3905 Pfund pro Jahr. Zwischenrechnung: Schulden bei Studienenden etwa 21.000 Euro.

Letzte Woche beschloss die Labour Regierung, die Studiengebühren ab 2006 auf bis zu 3.000 Pfund (je nach Universität) pro Jahr anheben zu lassen. Diese müssen dann zwar nicht mehr vorab sondern im Nachhinein gezahlt werden (ab einem Jahreseinkommen von 15.000 Pfund: 9% des Einkommens), nichtsdestotrotz erhöhen sie den endgültigen Schuldenberg auf bis zu 21.000 Pfund.

Elite-Uni für die Elite

Diese extrem hohen Summen werden all diejenigen, die Angst vor Verschuldung haben, erst recht von Studienplänen abbringen. Die Abschaffung der Top-Up Fees macht wenig Sinn, wenn in der neuen Planung SchülerInnen die Universitäten nach dem danach auf sie zukommendem Schuldenberg auswählen. Faktisch heißt das, dass diejenigen, die von Eltern unterstützt werden können, oder die aufgrund ihrer Berufswahl von einem hohen späteren Einkommen ausgehen, ihre Uni frei wählen können. Die Elite-Unis

sollen es bleiben können. Oxford und Cambridge wurde sogar angeboten, höhere Gebühren einzufordern als die anderen. Alle anderen Studis, zum Beispiel GeisteswissenschaftlerInnen, Studierend an Kunsthochschulen und, da die Labour-Regierung sich mit den Nebenwidersprüchen erst recht nicht aus einander gesetzt hat, besonders auch Frauen, also alle, die niedrigere Einkommen erwarten müssen, sehen sich also gezwungen, jahrelang einen dank Zinsen ansteigenden Schuldenberg abzuzahlen.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Diese Gesetzesänderungen kamen nach jahrelangen Kampagnen gegen Studiengebühren, nach zahlreichen Umfragen, die die Unzufriedenheit der WählerInnen mit der Einführung selbiger verdeutlichten, nach dem Schock, den die Schottland-interne Abschaffung von Gebühren dem Premierminister versetzt haben



muss. Scheinbar haben die Regierungen trotzdem nicht verstanden, worum es geht und wie beunruhigend solche Schuldenberge sind für frischgraduierte mit keiner festen Zukunftsplanung. Und das, obwohl sowieso schon fast alle in jeder freien Minute jobben. In England kann dies noch nicht mal mit dem Staat auf der Tasche liegenden Langzeitstudii gerechtfertigt werden, denn das Studium ist nach spätestens vier Jahren zu Ende, dann hat man mit Anfang zwanzig 50.000 Euro Schulden. Solche Verhältnisse haben wir hier noch nicht? Wenn solche Gesetze erst mal durch sind, wenn solche Pläne überhaupt in die Tat umgesetzt werden können, dann ist dem, das da folgen wird, kein Ende gesetzt. Denn teurer wird schließlich alles ...

tas & geka

... Fortsetzung von Seite 1

Naziaktivitäten I

In Dortmund versuchten am letzten Samstag knapp 200 Neonazis sich die Vergewaltigung eines achtjährigen Mädchens im Stadtteil Scharnhorst unter dem Thema „Todesstrafe für Kinderschänder – Kinderschändung ist Seelenmord“ für ihre Propaganda zu Nutze zu machen. Gut 150 Menschen demonstrierten mit dem Dortmunder Bündnis gegen Rechts und unter dem Motto „Der Naziheuchelei entgegenzutreten“ gegen den Neonaziaufmarsch, wobei die Beteiligung unter einer Demonstration gegen den Irakkrieg in der City litt. Aufgrund massiver Polizeipräsenz konnte der Naziaufmarsch ohne Störung ablaufen, wenngleich einer der neonazistischen Redner laut Polizei bei der Zwischenkundgebung versuchte, „mit plumpen und möglicherweise auch strafrechtlich relevanten Unterstellungen den Eindruck zu erwecken, als sympathisierten Polizeibeamte mit diesen extremen Ansichten zum „richtigen“ Umgang mit Kinderschändern.“ Zur strafrechtlichen Klärung dieser und anderer Äußerungen will die Dortmunder Polizei die Staatsanwaltschaft um Prüfung bitten.

Naziaktivitäten II

Kurzfristig sammelten sich am vergangenen Sonntagnachmittag 50 Neonazis aus Herne und den umliegenden Städten zu einer Kundgebung in Herne-Holthausen. Grund dafür war eine von der Polizei begleitete Gaststättenkontrolle des Ordnungsamts am Abend zuvor. Nach Hinweisen aus der Nachbarschaft waren die BeamtInnen in der Kneipe „Haus Eckmann“ an der Mont-Cenis-Strasse auf mehrere Neonazis getroffen, welche sich im Rahmen der Personalienfeststellung eine Strafanzeige wegen Beleidigung einhandelten.

Die Tatsache, dass ein von der Polizei der Dortmunder Naziszene zugeordneter Rechter kurzfristig die Kundgebung anmeldete, dürfte als Beleg für die Einbindung der lokalen Neonaziszene in die extrem rechte Szene des Ruhrgebiets zu werten sein. Im Anschluss an die Kundgebung sammelten sich die Nazis in der genannten Kneipe. Die Bochumer Polizei, welche auch für den Bereich Herne zuständig ist, bezeichnet in einer Pressemitteilung die Aktion der Nazis als Reaktion auf ihre „Bemühungen, Versammlungen von Angehörigen der rechten Szene im Bereich Bochum, Herne, Wanne-Eickel und Witten konsequent zu verhindern“. Diese Bemühungen wird die bsz selbstredend einer kritischen Betrachtung unterziehen.

Antisemitismusvorwürfe gegen attac

Zu einem Eklat kam es am 24.1. bei einer Attac-Veranstaltung in Köln im Rahmen der „attac Friedenstour“, die unter dem Motto „Bringt Florenz nach Deutschland“ am darauffolgenden Tag auch in Bochum Station machte. Für Unmut sorgten die Aussagen der Referentin July Fry und des Referenten Alfonso de Vito. Die US-Bürgerin Fry (A.N.S.W.E.R., „Act Now To Stop War And End Racism“) forderte „Solidarität mit den palästinensischen Befreiungskämpfern“, selbstredend ohne die Selbstmordattentate gegen die israelische Zivilbevölkerung zu kritisieren. Der italienische „Globalisierungskritiker“ de Vito verglich die israelische Besatzungspolitik mit der Räumung des Warschauer Ghettos.

Drei Anwesende, nach eigenen Angaben stammen sie aus durchaus unterschiedlichen politischen Spektren und wollen nicht als „Antideutsche“, bezeichnet werden, versuchten auf die letztere Äußerung hin, die Veranstaltung zu unterbrechen, denn: „Wer den Holocaust verharmlost, muss massiven Widerstand spüren. Eine derartige Gleichsetzung ist unerträglich.“ Die drei KritikerInnen wurden nach eigenen Angaben „angerepelt und beschimpft.“

Dabei war im Vorfeld bereits abzusehen, dass es zu einem solchen Eklat kommen könnte. Bereits am 20.1.2003 hatte die „tagesszeitung“ (taz) über die Auftaktveranstaltung der Friedenstour berichtet: „Unmut gibt es bei der Rede Ridleys: Sie beginnt ihren Vortrag mit einem Gruß an die „heroischen Kämpfer der Intifada“ und lässt keine Gelegenheit aus, Israels Besatzungspolitik anzuprangern. Über „Bauchschmerzen“ klagen da einige aus dem Plenum: Sie wollen nicht, dass Attac als antiisraelisch gilt.“

Von Siegen lernen, heißt Siegen lernen

Zum vierten Mal in Folge werden an der Uni Siegen die linken Listen DLL -Deine Lieblings-Liste, U2 (Fachbereichsliste FB 2) und UIL (Unabhängige Liste Ingenieurwissenschaften) den ASTA stellen.

Die Aussählung der StuPa-Wahlen, die vom 20. bis 24. Januar stattfanden, ergab bei leicht gestiegener Wahlbeteiligung eine bequeme Zweidrittelmehrheit für die ASTA tragenden Listen.

Bericht eines Überlebenden „Wir sind nicht allein“

Ich bin ein Überlebender von sexuellem Missbrauch in der Kindheit. Beim „ersten Mal“ war ich acht Jahre alt, als es aufhörte, ein halbes Jahr später, war ich neun. Ich möchte hier mein Schweigen brechen, allen Betroffenen und Angehörigen von Überlebenden Mut machen. Allen anderen sollen ein wenig zum Nachdenken gebracht werden, über einen Umgang mit uns und unseren Erfahrungen zu reflektieren.

Sexueller Missbrauch ist keine Ausnahme. Es passiert jeden Tag und überall. Schätzungen gehen, je nach Datengrundlage, von 80.000 bis 300.000 Fällen pro Jahr aus, nur ein Bruchteil davon wird angezeigt. Dabei ist das von den Medien gerne aufgebaute mordende Monster die Ausnahme. Die meisten Übergriffe geschehen im sogenannten sozialen Nahbereich. Bei Mädchen sind es zu fast zwei Dritteln Familienangehörige, bei Jungen kommen die Täter (und Täterinnen) in der Mehrzahl aus dem außerfamiliären Bereich (Trainer, Betreuer, Pfarrer, Lehrer). Die Opfer kommen aus allen sozialen Schichten, aus allen Altersgruppen. Wir sind viele und doch dazu genötigt zu schweigen. Jedes dritte Mädchen unter jeder neunten Junge müssen Erfahrungen machen, die ihre oder seine sexuelle Selbstbestimmung verletzen. Der Umgang damit wird uns sehr schwer gemacht. Über sexuellen Missbrauch zu reden bedeutet

gesellschaftliche Tabus zu brechen. Unsere soziale Umgebung reagiert meist mit Ablehnung bis Ignoranz, wenn jemand versucht sein oder ihr Schweigen zu brechen. Meist erscheint es einfacher wegzuschauen, das „Problem“ als nicht existent zu betrachten, weit von sich weg zu schieben. Zu nah gehen oft die Geschehnisse, zu oft wird damit eine private Grenze überschritten, auf die sich kaum wer einlassen möchte. Sich mit sexuellem Missbrauch auseinander zu setzen bedeutet auch, sich seinen eigenen Ängsten zu stellen, vielleicht auch das scheinbar Unfassbare für sich begreifbar machen zu müssen. Wenige sind dazu bereit.

Aber wir sind da. Wir sind Überlebende. Wir haben überlebt. Mit den Abwehrmechanismen, die einem Kind zur Verfügung stehen, stummer Widerstand, innere Abspaltung von den Geschehnissen, die Tat erdulden, um die Person, die einen eigentlich lieben und schützen sollte nicht zu verlieren. Die Psychodynamik des kindlichen Opfers ist schwer zu verstehen und erscheint vielleicht paradox, aber sie sichert das Überleben. Dies geht nur mit den zur Verfügung stehenden Mitteln. Oft werden diese Wege der Abwehr und der Verdrängung noch weiter angewendet, bei den bewährten Strategien verharren,

häufig auch bis ins Erwachsenenalter. Und hier stoßen wir dann auf Unverständnis bis Ablehnung, weil nicht verstanden wird, warum wir so sind, wie wir sind. Und unser Schweigen zu brechen, uns zu erklären wird sehr schwer gemacht.

Ja, wir schweigen, wir müssen schweigen, da keiner zuhören will. Und sollte sich doch mal die öffentliche Meinung uns annehmen, dann mehr um ihrer selbst willen, als wirklich helfen zu wollen. Täter (oder Täterinnen) werden dann zu Monstern hoch stilisiert, die sie aber fast nie sind. Auch sie, wie ihre Opfer, kommen aus allen Bereichen unserer Gesellschaft. Andere benutzen uns und unsere Erlebnisse dazu, um mit zweifelhaften Parolen oder Forderungen Stimmen und Meinungen zu fangen. Wieder werden wir für die Interessen anderer ausgenutzt, ohne uns wehren zu können. Der Missbrauch setzt sich auf einer anderen Ebene fort.

Seit über einem Jahr bin ich nun bereit, mich meinen Erlebnissen zu stellen, versuche den erfahrenen Missbrauch zu verstehen und zu verarbeiten. Dieser Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen, aber der Anfang ist gemacht und es geht weiter. Ich habe gelernt, was es bedeuten kann, überlebt zu haben, den Missbrauch und seine Folgen als einen Teil meiner Persönlichkeit zu verstehen. Es als Stärke zu begreifen. Ich habe gemerkt, dass ich dabei nicht allein bin. Wir sind nicht allein.

Ein Überlebender
(Name der Redaktion bekannt)

NGOs und Marktwirtschaft Reich oder Rechts?

Die demokratische Disziplinierung“ heißt das einleitende Kapitel aus Jörg Bergstedts neuem Buch (dem mit Nachhaltig, modern, staatstreu ein ähnliches Werk folgt) und das Vokabular gibt bereits die Richtung an. Reich oder rechts ist eine Geschichte der Gouvernmentalität, der Vereinnahmung radikaler, emanzipatorischer Bewegung durch die tödliche Umarmung der Herrschenden, die noch jede im positiven Sinne „fundamentalistische“ soziale und ökologische Bewegung in demokratische Formen hat lenken können.

Das Buch skizziert den Etablierungsprozess von Umweltgruppen wie Greenpeace, BUND, NABU oder Robin Wood, die Verwandlung der Anti-Atom- und der Jugendumweltbewegung und den Siegeszug rechter Ideologie, entpolitisierender Landkommunenromantik oder ökokapitalistischer Verherrlichung des freien Marktes, der auch den Umweltschutz am besten regeln könne. Bergstedt ist dabei dreierlei: An Foucault trainierter Beobachter der alles absorbierenden Macht

des herrschenden Systems, akribisch arbeitender Detektiv, der seine Thesen mit Tonnen von Material unterfüttert und unerschütterlicher Apologet einer radikalen, emanzipatorischen, libertären Umweltpolitik „von unten“, die keine Kompromisse macht und sich auf das Spiel der Kräfte und Gelder nicht einlässt, im „Außen“ bleibt, wo man noch Autonomie bewahrt und sich nicht wie im „Innen“ laut Bergstedt zwischen den titelgebenden Polen „reich oder rechts“ entscheiden muss. Es mag nun kein Zufall sein, dass Bergstedt sich mit dieser Position auch innerhalb der „radikalen“ (?) Linken immer mehr ins Abseits manövriert und die Strenge der eigenen Ansprüche die von ihm angestrebte Welt „freier Menschen in freien Vereinbarungen“ paradox konterkariert, da die freie Entscheidung, eben doch in gewissem Maße im System mitzuspielen, natürlich von ihm nicht toleriert werden kann. Doch lassen wir dieses ohnehin unvermeidliche linke Paradox mal außer Augen, finden wir hier eine beeindruckende Sammlung von Dokumenten und Fakten zur Verstrickung von Parteien, Wirtschaft, Institutionen, Machtzirkeln und Umweltbewegung und dem langsamen Prozess einer Etablierung weg von ursprünglichen Zielen, Idealen, Arbeitsweisen und unbequemem

„Personal“. Ob Grüne, ÖDP oder Ökoli, ob Freiwirtschaft, ZEGG oder Querfront, ob Ökostrom, Öko-Betriebe oder Umweltbanken: Reich oder rechts ist ein Rundumschlag in faszinierendem Komplettierungswahn und lässt an keiner Stelle auch nur den Funken einer Hoffnung, es könne ein richtiges, grün angestrichenes Leben im Falschen geben. Ein ausgrenzendes, selbstbezügliches und fundamentalistisches Buch, das es aber gerade deswegen geben soll und geben muss ... dass es ähnlich des Klassikers Agena, Expo, Sponsoring selbst von linken, außerparlamentarischen Gruppen konsequent geschnitten und ausgegrenzt wird, erscheint ob seiner offensiven Grundhaltung zwar emotional verständlich, zeugt aber von einer mangelnden Diskussionskultur auch auf Seiten derer, die sich so „realpolitisch“ und gereift zu geben versuchen.

Oliver Uschmann

Jörg Bergstedt. Reich oder rechts? Umweltgruppen und NGOs im Filz mit Staat, Markt und rechter Ideologie. IKO, Frankfurt a.M. / London, 2002, 294 Seiten, ISBN 3-88939-652-6, EUR 22,80

Anzeige

Anzeige



:bsztermine

bis zum Freitag, 31. Januar

Nicht vergessen:
Wahlen zum Studierendenparlament der RUB vom 27. bis zum 31. Januar

Donnerstag, 30. Januar

„Was hinter den Korporationen des rechten Spektrums wirklich steckt!“

Initiativ-Veranstaltung zu Burschenschaften
Veranstaltung des AntiFa- AG der UGH Essen und des fzs
19:00 Uhr, KKC Univ.str./Ecke Segerothstr.
Ab Essen Hbf mit U17 oder U11 bis Universität

Freitag, 31. Januar

Vortrag: „Der 30. Januar 1933“

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Bochum lädt ein:
Referat von Dr. Hubert Schneider, Ruhr-Universität Bochum und Verein „Erinnern für die Zukunft“ zum 70. Jahrestag der Machtübertragung an die Faschisten
19.30 Uhr, im Simphon, Poststr.43

Party der Fachschaften GMG und Geographie

1 beer -> 1 Euro
20.00 Uhr, Ruhr-Uni, NA02/Süd

OWA-Party

Von 20-21:30 Uhr HappyHour mit Freigetränken und JCK-Pop.
ab 20 Uhr im Kulturcafé, Studierendenhaus, Ruhr-Uni

Montag, 3. Februar

**Antifa-KOK Düsseldorf
Randle? Bambule! - Hamburger Schule...**

Vor ein paar Wochen wurde der Hamburger Wagenplatz Bambule geräumt - seitdem gehen immer wieder hunderte, tausende Menschen auf die Straße, um gegen die Sozialpolitik des Hamburger Senats zu protestieren. Wie ist dieses breite Bündnis einzuschätzen? Was sind die zentralen Forderungen? Drei Aktivisten berichten über die Lage vor Ort. [mit veget. Volk Küche]

Antifa-Café, jeden 1. & 3. Montag im Monat ab 19.00 Uhr Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Dienstag, 4. Februar

Neueröffnung: Antifa-Café Bochum

Nachdem endlich neue Räumlichkeiten beim Kurdischen Verein gefunden wurden, geht's weiter mit dem Antifa-Café in Bochum. Neben ess- und trinkbaren Leckereien findet sich hier auch ein Kicker! Inhaltlich geht es diesmal um die Nazi-Aufmärsche in Bochum. Und als besonderes Schmankerl einen Videofilm zu richtigem Verhalten auf Demonstrationen.
19.00 Uhr, Kurdischer Verein, Herner Str. 8 (monatlich)

„Nacht und Nebel“ - Film und Diskussion zum Jahrestag der Ausbeutung

Als einer der ersten Filme zu den Konzentrationslagern entstand „Nacht und Nebel“ von Alain Resnais. Dieser 1955/56 produzierte Dokumentarfilm ist zusammengefügt aus Photodokumenten, nationalsozialistischen Propagandabildern und aus Farbsequenzen, die vom Regisseur im ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz aufgenommen worden sind. Gleichberechtigt zu den Bildern hat Resnais die Musik von Hanns Eisler und den gesprochenen Kommentar des ehemals im Konzentrationslager Mauthausen inhaftierten Schriftstellers Jean Cayrol montiert (dt. Nachdichtung durch Paul Celan). Doch nicht nur die formale Präzision macht „Nacht und Nebel“ zu einem bewegenden Film. Bemerkenswert ist ferner, dass der Film aus der Perspektive der in die Lager Hinabgestoßenen von den Ereignissen berichtet und damit auch jener Ermordeten gedenkt, von denen keine Spur in der Welt geblieben ist. Anschließend besteht die Möglichkeit mit dem Historiker Ralf Piorr, zu diskutieren.
19.30 Uhr in der „Sonne“, Shamrockstr.121, Herne



Zur Kritik antisemitischer Weltbilder

Deutsche Projektionen

Im neuen deutschen Jargon heißt Antisemitismus „Israelkritik“. Gemeinhin wird Mölemanns antisemitischer Flyer, der einen Zusammenhang zwischen deutschen JüdInnen und der Politik des Staates Israel herstellt, als „Israelkritik“ bezeichnet. Dabei ist immer schon mitgedacht, dass „Israelkritik“ in Deutschland ein Tabu darstelle, dass es Kräfte gebe, die „Israelkritik“ verhinderten. Dieser eingebildete Tabubruch ist ein Charakteristikum des modernen Antisemitismus.

Der so genannte „Antisemitismusstreit“ erfasste aber nicht nur Feuilleton und Stammtisch sondern auch die deutsche Linke. Die Linke war was „Israelkritik“ betrifft schon immer wesentlich avancierter als der deutsche Rest, sie hatte das „Tabu“ schon lange zuvor gebrochen. Gerade aber in den letzten Jahren schien in der Linken so etwas wie eine Selbstkritik stattgefunden zu haben. Nicht umsonst erschien in den 90er Jahren mit den Antinationalen und Antideutschen eine Strömung auf der Bildfläche, die den Fokus der Kritik auf den Antisemitismus und die spezifisch deutsche Form kapitalistischer Vergesellschaftung legen wollte. Mit dem Beginn der zweiten Intifada aber zeigte sich, dass jene Strömung noch immer eine Minderheit in der Linken darstellt. Im Rausch der „globalisierungskritischen“ Erfolge erstanden auch all die vergessenen Hässlichkeiten des linken Antisemitismus wieder auf.

Bundesweit wurden in linken Zentren, Gruppen und Wohngemeinschaften Streits um den „Nahost-Konflikt“ und den Antisemitismus ausgetragen, die mitunter sogar ins Handgreifliche ausarteten. So auch in Frankfurt. Nachdem die neu gegründete Gruppe Morgenthau eine antisraelische Veranstaltung der Politsekte Linksruck gestört hatte, wurde ein Mitglied der Gruppe mit der Anschuldigung, er sei doch vom Mossad, in einem linken Zentrum ins Gesicht geschlagen. Diese spektakulären Ereignisse waren natürlich nicht das eigentliche Ziel. Die Gruppe will die Verhältnisse kritisieren, die sich u.a. in eben jenen

geschilderten Ereignissen ausdrücken. Mit der Veranstaltungsreihe „Deutsche Projektionen. Zur Kritik antisemitischer Weltbilder“ wollte sie dazu einen Beitrag leisten. Nun ist endlich der lange angekündigte Reader zur Veranstaltungsreihe erschienen.

Gleich zu Beginn des Readers gibt es eine Art Crashkurs in materialistischer Antisemitismuskritik. Stephan Grigat nimmt sich was eigene Beiträge betrifft, zurück und referiert hauptsächlich über Moishe Postones „Nationalsozialismus und Antisemitismus“ und Ulrich Enderwitz’ „Antisemitismus und Volksstaat.“ Mit Postones Text wurde erstmals eine marxistische Absage an ableitungsmarxistische Erklärungsansätze formuliert. Diese erklärten den Antisemitismus aus einem simplifizierenden Basis-Überbau-Schema. Die Marxschen Kategorien wurden als rein ökonomisch betrachtet, sie bildeten „eine ökonomische Basis, aus der dann funktionalistische Ableitungen, zu den Überbauphänomenen (...) vorgenommen werden.“

Gegen dieses Konzept setzt Postone seine Charakterisierung des Antisemitismus als „Revolte gegen die Abstraktion“. „Durch die Rekapitulierung der Grundkategorien des Marxschen ‚Kapital‘ (...) kommt Postone zu dem Schluss, dass die im modernen Antisemitismus den JüdInnen und Juden zugeschriebenen Eigenschaften – „nämlich Abstraktheit, Unfassbarkeit, Universalität, Mobilität“ – denen entsprechen, die die Wertdimension der Dinge für die warenfetischistischen Individuen (...) darstellt.“ Als eine notwendige Ergänzung zu Postones Thesen stellt Grigat die Thesen von Enderwitz vor. Dieser beschreibt, wie mit der Entstehung des bürgerlichen Volksstaats der „Staat den Antisemitismus als ‚planmäßiges Vehikel‘ zur bewussten Steuerung des Verhaltens anderer“ benutzt, „was aber dennoch nicht bedeutet, dass die ‚zynisch funktionalisierte Bedeutung des von Staats wegen kultivierten Antisemitismus den ihn propagierenden Kräften als solche bewusst ist.“ Die „Radikalisierung“ des Volksstaats zum nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsstaat „radikalisiert“ den Antisemitismus zum Volksantisemitismus. Notwendig muss Grigat eine Kritik an beiden Ansätzen schuldig bleiben, so dass z.B. die entsubjektivierenden Tendenzen bei Postone nur kurze Erwähnung finden. Grigat stellt nichts wesentlich Neues dar, das Bekannte

wird aber in durchaus didaktisch zu nennender Form präsentiert. Es folgt ein Text von Gerhard Scheit, in dem dieser kurz die These aus seinem Buch „Die Meister der Krise“ referiert. Diese besagt, dass die postfaschistischen Gesellschaften Deutschlands und Österreichs auf der Grundlage der Vernichtung Wohlstand erzeugen konnten, und dass der Nationalsozialismus als Referenzpunkt der heutigen Gesellschaft atomisierter Individuen dient. Interessant (und neu) ist v.a. der letzte Teil des Textes, in dem Scheit den Horkheimerschen Begriff des „Rackets“ auf die „suicide bombers“ des politischen Islam anwendet. Neben zwei Texten von Grigat und von Thomas v. d. Osten-Sacken, die sich mit dem linken Antisemitismus und den Hintergründen aktueller europäischer Nahost-Politik beschäftigen, ist v.a. der letzte Text interessant. Die Frankfurter Gruppe „Les Croquembouches“ schreibt darin eine mit einer Fülle von Informationen angereicherte Geschichte des Antiamerikanismus. Antiamerikanismus wird definiert als „konformistische Rebellion“, die auf einer Verschiebung basiert: „Sie exterritorialisiert die negativen Folgen des Kapitalverhältnisses und reterritorialisiert es in ‚Amerika‘.“ Les Croquembouches umgehen dabei das Problem, das viele Arbeiten zum Antiamerikanismus haben, nämlich die Nichtbeachtung der aktuellen innerimperialistischen Auseinandersetzung zwischen Deutsch-Europa und den USA. „Das Vorurteil (...) basiert auf Autoritätsgebundenheit. Solange die Autorität der realen äußeren Machtverhältnisse ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten notwendig machte, wurde auch das bestehende antiamerikanische Ressentiment nur am Stammtisch (...) ausgesprochen.“ Der Antiamerikanismus werde virulenter, da die objektiven Machtverhältnisse ihn beförderten.

Insgesamt rechnet sich der eine Euro, den die HerausgeberInnen als Unkostenbeitrag verlangen, mehr als genug, eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Thema kann der Reader aber logischerweise nicht ersetzen.

Sebastian Schneider
(AK Antifa des FZS)

Gruppe Morgenthau/ AK Kritische Theorie (Hg.), „Deutsche Projektionen. Zur Kritik antisemitischer Weltbilder“, Frankfurt 2002.1 Euro plus Porto. Bestellungen an reader@morgenthau.afaktion.de

Die Lehrredaktion

AStA-Wahlen

Als vom AStA herausgegebene Zeitung möchten wir in diesen Zeiten der Wahl natürlich dazu Stellung nehmen. Des weiteren nehmen wir uns als Studierendenzitung selbstverständlich auch an uns geübte Kritik zu Herzen, selbst wenn diese nur in Form von Flugblättern auf unseren Schreibtisch flattern. Und wenn ein paar Studis unbedingt belehrt werden wollen, dann werden wir das natürlich gern tun. Selbst wen sie Mitgliedsbeiträge an eine Partei entrichten, die uns mit Gebühren beglücken wird. Aber wer weiß wie's geht ...

Somit höret die Weisheit der Welt: Bis wir mit der Weltrevolution alle Herrschaft und also auch die Volksherrschaft abschaffen, raten auch wir der Menschheit, an demokratischen Wahlen teilzunehmen. Diese funktionieren, indem man oder frau in der Cafete im Gebäude des Erststudiengangs in kleinen Wahlkabinen ganz allgemein, frei, gleich, geheim und meist direkt Kreuzchen hinter einem Namen macht, nachdem man/frau sich ausgewiesen hat. Und dann, schon am Freitag Abend, die Resultate. Wird es einen politischen AStA geben, der sich gegen Studiengebühren, Rassismus, Nazis und Sexismus stellt, oder werden Listen stark werden, die zwar unter dem Namen einer politischen Jugendorganisation antreten, aber trotzdem Parteibüchern eher skeptisch gegenüber stehen? Wir versprechen euch, unsere Scheuklappen kurz abzunehmen und gespannt zu verfolgen, was geschieht. Wird es Säuberungen geben in den Rängen, ein neues Kommunist(Inn)engesetz, Berufsverbote für Andersdenkende? Werden wir, die wir uns unsere Jobs verdient haben, indem wir dreimal die Internationale gebetet haben, nun gestürzt werden, obwohl wir nicht einmal vom AStA ernannt oder gewählt wurden? Wird endlich jemand kommen und „eine Lehrredaktion für alle Studis sein“, allen sagen, was zu tun ist, alles anders und nichts besser machen? Die Mao-Bibel fest umklammert harren wir dem Ausgang dieses Kampfes, denn das ist wahrer Journalismus – immer am Brennpunkt, immer an vorderster Front. Egal, wer die aktuellen MachthaberInnen sind, wir stellen uns unserer Mission, wir bleiben die Guten, denn wer kämpft für das Recht, der hat immer recht gegen Lüge und Ausbeuterei.

Oh, etwas vom Thema abgewichen. So ist das, wenn man Ideale hat und keine Radieschen mag, vor allem keine geschälten. Aber der Druck, der so auf uns lastet, wenn ihr wüsstet ...

Aber zurück zum Thema: Wahlen. Wenn ihr euch tatsächlich belehren lassen müsst, dann lasst uns sagen: Geht wählen. Persönlich glaube ich ja, ihr könnt es selbst entscheiden und wisst selber schon wie's geht ...

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thilo Ernst (te), Thomas Friedrichsmeier (tf), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Jorch Schönewerk (js), Tanja Tästensen (tas)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

– Mensa-Plan für die Woche vom 29. Januar bis 4. Februar –				
Unser Standard	Die „Grüne“ Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 29.1.				
(S) Spaghetti „Bolognese Art“ mit einer Fleischsauce, dazu ein Salat	Rindfleischbällchen in einer Paprika-Rahmsauce, dazu Maccaroni und Blumenkohl	Marinierte Tofuschnitte mit Blattspinat und Käse, Knoblauchsauce, Vollkorn-Kräuterreis und ein Salat	(S) Westf. Schinken-Auflauf mit Käsesauce und Salat-Beilage (Beil. aus biologisch kontr. Anbau)	Putenschnitzel mit Geflügelrahmsauce, dazu Petersilienkartoffeln und Rosenkohlgemüse
DONNERSTAG, 30.1.				
Rindergulasch in einer Sauer-Rahmsauce, dazu Dampfkartoffeln und ein Bohnengemüse	Putenrollbraten mit einer Geflügelsauce, dazu Rahmkartoffeln und Blattspinat	Kartoffeltasche gefüllt mit Frischkäse, dazu Käse-Kräutersauce, Vollkorn-Nudeln und Salat	Lammkeulenbraten mit einer leichten Knoblauch-Sauce, dazu Kartoffelrösti und Bohnengemüse	Rindergeschnetzeltes in grüner Pfeffersauce, dazu Maccaroni und Möhrengemüse
FREITAG, 31.1.				
Putenspieß mit einer Geflügelsauce, dazu Curryreis und ein Kaisergemüse	Seehecht, paniert mit einer Sauce Bernaise, Petersilienkartoffeln und ein Fingermöhrengemüse	Vegetarische Soja-Bits mit Vollkornreis und einem Salat	Geflügelragout in Champignonsauce, Reis-Risotto und Erbsengemüse (Beil. aus biol. kontr. Anbau)	Gebackener Seelachs mit Remouladensauce, dazu warmer Speckkartoffelsalat und eine Kalte Beilage
MONTAG, 3.2.				
Das Angebot stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.	Das Angebot stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.	Das Angebot stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.	Das Angebot stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.	Das Angebot stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.
DIENSTAG, 4.2.				
Das Angebot stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.	Das Angebot stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.	Das Angebot stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.	Das Angebot stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.	Das Angebot stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest.